

## Bonn

Stand der Informationen: 01.10.2021

### Parteienspektrum

Beim Blick auf die regionale extreme Rechte lässt sich nicht immer eine Trennung zwischen der Stadt Bonn und dem angrenzenden Rhein-Sieg-Kreis ausmachen. So existiert beispielsweise kein eigener NPD-Kreis- oder Ortsverband in Bonn, die NPD-Mitglieder in Bonn werden vom NPD-Kreisverband Rhein-Sieg betreut. Die wenigen NPD-Aktivitäten finden zumeist im Rhein-Sieg-Kreis, nicht in Bonn statt. Nach einer Minikundgebung der NPD Bonn im Rahmen einer bundesweiten „Deutschlandfahrt“ mit zehn Teilnehmenden am 25. Juli 2012 fanden in der Stadt keine Aktionen der NPD mehr statt. Auch die genannte Aktion hatte dabei keinerlei lokale Verankerung. Überraschend wurde dann am 4. Mai 2019 im Zuge den Feierlichkeiten zum Europatag neben den Infoständen verschiedener Parteien auch ein kleiner Stand der NPD auf dem Bonner Marktplatz aufgebaut.

Bei der Landtagswahl 2010 erzielte die NPD in den beiden Bonner Wahlkreisen 0,2 bzw. 0,3 Prozent. Bei den Neuwahlen des NRW-Landtages 2012 kam die Partei auf 0,3 bzw. 0,2 Prozent der Stimmen. Bei der Bundestagswahl 2013 landete die NPD in Bonn bei 0,5 Prozent, bei den Europawahlen 2014 bei 0,2 Prozent. Bei den Kommunalwahlen 2014 trat sie in Bonn nicht an. Bei den Landtagswahlen 2017 verlor sie in Bonn im Vergleich zu 2012 über die Hälfte ihrer Stimmen und kam in beiden Bonner Landtagswahlkreisen auf jeweils 0,1 Prozent der Zweitstimmen (zusammen 169 Stimmen). Bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 erhielt die NPD mit 147 Zweitstimmen 0,1 Prozent und somit 0,4 Prozent weniger als bei der Bundestagswahl 2013. Bei den Europawahlen am 26. Mai 2019 erreichte die NPD mit Spitzenkandidat Udo Voigt und Ariane Meise aus dem Rhein-Sieg-Kreis auf Platz 7 der Wahlliste lediglich 0,1 Prozent der Stimmen (Anzahl 92) und somit 0,1 Prozent weniger als 2014. Bei den Kommunalwahlen am 13. September 2020 trat die Partei abermals nicht an. Bei der Bundestagswahl am 26. September 2021 erhielt die NPD 0,0 Prozent der Stimmen (Anzahl 52).

Seit vielen Jahren sind keine erkennbaren Aktivitäten der Partei „Die Republikaner“ in Bonn mehr erkennbar. Lediglich im Rahmen einer Wahlkampftour zur Landtagswahl 2017 machte der REP-Spitzenkandidat und damalige Parteivorsitzende Kevin Krieger (Rhein-Erft-Kreis) mit zwei weiteren „Republikanern“ Station in Bonn.

Bei der Landtagswahl 2010 erzielten die REP in Bonn 0,1 Prozent der Stimmen. Bei den Neuwahlen des NRW-Landtages im Jahr 2012 standen sie nicht auf den Stimmzetteln. Bei der Bundestagswahl 2013 kamen sie auf 0,1 Prozent, ebenso wie bei den Europawahlen 2014. Bei den Kommunalwahlen 2014 traten sie in Bonn nicht an. Bei den Landtagswahlen 2017 kamen die REP in Bonn auf nur 31 Zweitstimmen, was 0,02

Prozent entspricht. Bei der Bundestagswahl 2017 traten die „Republikaner“ nicht an, bei den Wahlen zum EU-Parlament am 26. Mai und den Kommunalwahlen am 13. September 2020 ebenfalls nicht.

Aktiver und im Hinblick auf Wahlen erfolgreicher als NPD und REP zeigte sich ab 2009 für einige Jahre der Bonner Ableger von „pro NRW“. Er gründete sich im Jahr 2008 und nahm seine Arbeit mit dem Ziel der Teilnahme an den Kommunalwahlen 2009 auf. Zum Vorsitzenden gewählt wurde Nico Ernst, der bis 2009 der „Alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn“ angehörte und zeitweise auch als Inhaber der Internetseite der NPD Köln geführt wurde. Nach Angaben der NPD Köln wurde Ernst 2006 deren Kreisschatzmeister, sei dann aber „aus unserer Partei entfernt“ worden, da er es versäumt habe, „Belege für seine Ausgaben vorzulegen“.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen 2009 führte „pro NRW“ in Bonn mehrere Infoveranstaltungen sowie am 22. August 2009 eine 70-köpfige Wahlkampfkundgebung durch. Die Partei erreichte im Vergleich zu anderen Städten geringe 1,6 Prozent, Ernst erhielt aber ein Mandat im Bonner Stadtrat. Ernst wurde kurz darauf als Kreisverbandsvorsitzender von Detlev Schwarz abgelöst. Schwarz wurde im Anschluss zum Geschäftsführer des Bezirksverbandes Mittelrhein ernannt. Im August 2011 geriet er in die Schlagzeilen, da er als Wahlkampfhelfer für „pro Deutschland“ in Berlin einen im Libanon geborenen 32-Jährigen mit einem Hammerstiel bedroht und anschließend verfolgt haben soll.

Obwohl es auch innerhalb der Partei Kritik an Detlev Schwarz gab, wurde dieser am 8. November 2011 als Kreisvorsitzender wiedergewählt, Nico Ernst wurde stellvertretender Vorsitzender.

Bei der Landtagswahl 2010 erzielte „pro NRW“ in den beiden Bonner Wahlkreisen 1,6 bzw. 2,1 Prozent der Stimmen. Bei den Neuwahlen des NRW-Landtages am 13. Mai 2012 kam die Partei auf 1,6 bzw. 1,9 Prozent.

Am 2. April 2011 versuchte sich „pro NRW“ an einer Demonstration in Bonn. Nur 55 Personen nahmen teil, um „gegen den Neubau der DITIB-Moschee am Hochstadenring sowie gegen den Neubau der Al-Muhajirin-Moschee in der Brühler Straße“ zu protestieren.

Am 5. Mai 2012 führte „pro NRW“ im Rahmen ihrer NRW-weiten Wahlkampftour unter dem Motto „Freiheit statt Islam“ auch eine Kundgebung in Bonn durch. Nachdem es zuvor schon in Solingen wegen der von „pro NRW“ öffentlich präsentierten und auf Provokation und mediale Inszenierung setzenden Islam-Karikaturen zu Angriffen salafistischer Gegendemonstranten gekommen war, eskalierte die Situation in Bonn erneut. Bei Angriffen aus dem salafistischen Spektrum auf die zirka 30-köpfige Kundgebung wurden mehrere Polizeibeamt/innen – teilweise schwer – verletzt.

Am 2. September 2013 steuerte die zwischenzeitlich aufgelöste Partei „Bürgerbewegung pro Deutschland“ („pro D“) um den „pro Köln“- und „pro NRW“-Mitgründer Manfred Rouhs, die nun zunehmend Zwistigkeiten mit „pro NRW“ austrug, im Rahmen ihres Bundestagswahlkampfes Bonn an, um dort unter dem Motto „Zuwanderung stoppen – Islamisierung verhindern“ mit einstelliger Teilnehmer/innenzahl drei Mini-Kundgebungen vor islamischen und linken Einrichtungen durchzuführen. Aktiver Teilnehmer und Redner der Kundgebungstour war auch Nico Ernst. Dieser war zu diesem Zeitpunkt bereits Beisitzer im „pro D“-Parteivorstand. Vor dem Hintergrund von Konflikten zwischen „pro D“ und „pro NRW“ wurde er Geschäftsführer des „pro D“-Landesverbandes NRW und zog nach Remscheid, wo „pro D“ ab 2014 über zwei Ratsmandate verfügt. Beide Mandatsträger errangen ihre Sitze über eine „pro NRW“-Kandidatur und verließen später die Partei. Bei den Kommunalwahlen am 13. September 2020 gelang es Nico Ernst über das Bündnis „Pro Remscheid“ einen Posten im Remscheider Stadtrat zu erlangen.

Zu den Bundestagswahlen 2013 trat „pro NRW“ nicht an. Der Antritt der Schwesterpartei „pro D“ wurde bereits im Vorfeld der Wahl scharf kritisiert und im Nachhinein das miserable Ergebnis von 0,2 Prozent bundesweit (ebenfalls 0,2 Prozent in Bonn) als Beleg für die Berechtigung dieser Kritik angeführt.

Nichtsdestotrotz trat „pro NRW“ bei den Europawahlen im Mai 2014 an und scheiterte mit 0,2 Prozent ebenso kläglich (NRW: 0,6 Prozent, Bonn: 0,8 Prozent).

Nach einiger Inaktivität wurde am 3. September 2013 ein nur dem Wort nach „neuer“ Kreisvorstand gewählt. Erneut übernahm Detlev Schwarz die Leitung, als Stellvertreter wurde der Nachwuchskader Alexander Kern gewählt. Geschäfts- und Schriftführer wurde der finanziell gut betuchte Bonner Jura-Student Christopher von Mengersen, Mitglied der Bonner Rechtsaußen-Burschenschaft „Alte Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn“.

Letztendlich kam „pro NRW“ 2014 bei der Wahl zum Bonner Stadtrat auf nur 1,6 Prozent, was einem einzigen Mandat entspricht, das zunächst von Detlev Schwarz wahrgenommen wurde. Als Ziel war „ein Ergebnis von fünf Prozent plus X“ ausgegeben worden. Darüber hinaus trat „pro NRW“ zu allen vier Bezirksvertretungen (BV) an, konnte aber nur in der BV Hardtberg einen Sitz erzielen (3,4 Prozent, Detlev Schwarz).

Zum 1. Dezember 2014 überließ der „pro NRW“-Stadtratsabgeordnete Detlef Schwarz sein Mandat durch Rücktritt dem bei den Kommunalwahlen zweitplatzierten Christopher von Mengersen. Nach einem Rechtsstreit ergab sich, dass Schwarz sein Mandat gegen eine Zusage von Christopher von Mengersen, ihm monatlich 560,- Euro bis zur nächsten Kommunalwahl im Jahr 2020 zu zahlen, abgegeben hatte. Schwarz blieb zunächst Geschäftsführer von „pro NRW“, Mitglied des geschäftsführenden Parteivorstands bzw. Parteipräsidiums und Kreisverbandsvorsitzender. Im Verlauf der parteiinternen „pro NRW“-Flügelkämpfe, die sich 2015 zuspitzten und letztendlich zur Spaltung von „pro NRW“ führten, schied Schwarz im Mai 2015 aus allen seinen Ämtern und aus der Partei aus. Schwarz gehörte bei den Streitigkeiten zu den Kritikern des Parteivorsitzenden Markus Beisicht und dessen Anhänger/innenschaft, denen vorgeworfen wurde, eine „NPD 2.0“ aufbauen zu wollen und die nötige Distanz zur extremen Rechten und rechten Hooligans vermissen zu lassen.

Am 5. Juni 2015 wurde erneut ein neuer Kreisvorstand gewählt, neuer Kreisvorsitzender wurde der damalige Beisicht-Anhänger und „pro NRW“-Generalsekretär Tony Xaver Fiedler. Als „stellvertretender Vorsitzender und somit zweiter Mann im mehrköpfigen Kreisvorstand“ wurde Christopher von Mengersen bestätigt, teilte „pro NRW“ mit. Kevin-Gareth Hauer, zu diesem Zeitpunkt stellvertretender Parteivorsitzender und „pro NRW“-Ratsherr in Gelsenkirchen (später dann zu „pro D“ gewechselt), wurde zum Kandidaten für das Amt des Bonner Oberbürgermeisters ernannt. Hauer zog kurze Zeit später seine Kandidatur zurück und wurde am 2. Juli 2015 durch die Leverkusener Ratsfrau Susanne Kutzner ersetzt. Aufgrund von Formalia wurde ihr Antritt vom Wahlausschuss nicht akzeptiert, so dass letztendlich „pro NRW“ nicht auf den Stimmzetteln der Bonner OB-Wahl stand.

Unmittelbar nach seinem Austritt bei „pro NRW“ wechselte Detlef Schwarz zur Partei „Bürgerbewegung pro Deutschland“, die gestärkt durch diverse Übertritte später auch einen NRW-Landesverband gründete. Schwarz wurde zum „Generalsekretär“ im „pro D“-Parteivorstand gewählt, bis November 2016 war er zudem Beisitzer im „pro D“-Landesvorstand NRW.

Die letzte „pro NRW“-Kundgebung in Bonn fand am 13. November 2015 mit nur einer Handvoll Teilnehmer/innen im Rahmen einer „landesweiten Informationskampagne“ gegen den angeblich „massenhaften Asylmissbrauch in Nordrhein-Westfalen“ statt.

Bereits 2015 zog sich der „pro NRW“-Generalsekretär und Bonner Kreisvorsitzende Tony Xaver Fiedler aus der („pro NRW“-)Politik zurück und zog nach Thüringen, von Mengersen trat seine Nachfolge als Generalsekretär von „pro NRW“ und als Kreisvorsitzender Bonn an. Der Bonner Kreisverband erfuhr hierdurch eine weitere Schwächung. Hinzu kam, dass von Mengersens Aktivitätsgrad 2016 deutlich abnahm und er nach Wien verzog. Sein Mandat im Rat der Stadt Bonn wurde von Claus Buff (geb. 1937)

übernommen, der bei den Kommunalwahlen 2014 auf Platz 10 der „pro NRW“-Reserveliste nominiert worden war. Buff zog im Namen von „pro-Deutschland“ in den Stadtrat ein. Initiativen des neuen Ratsmitglieds, das seit der Auflösung der Partei als „parteilos“ geführt wird, wurden bis heute nicht bekannt.

Nach von Mengersens Wegzug waren in Bonn keinerlei Aktivitäten aus der „pro-Bewegung“ mehr feststellbar. Temporär hatte der Kreisverband „Bonn & Rhein-Sieg“ noch eine Facebook-Seite, deren Inhalte aber keinen Lokalbezug aufwiesen und deckungsgleich mit denen der Gesamtpartei waren. Auch die Facebook-Seite war bald nicht mehr aufrufbar, was auf eine Auflösung des Kreisverbandes hinwies.

Die „pro“-Parteien verzichteten 2017 aufgrund ihrer personellen Schwäche und insbesondere wegen der nicht vorhandenen Erfolgsaussichten auf Antritte zu den Landtags- und Bundestagswahlen. „Pro Deutschland“ verkündete am 11. November 2017 ihre Auflösung und forderte ihre verbliebenen Mitglieder auf, die AfD zu unterstützen. „Pro NRW“ teilte Ende Oktober 2017 in einem Bericht über ihren Parteitag am 27. Oktober 2017 das Folgende mit: „PRO NRW wird sich [...] in vielen Städten, Gemeinden und Bezirksvertretungen an der Kommunalwahl 2020 beteiligen. Dies kann unter dem Parteinamen geschehen, aber es wird auch vielerorts mittels offener Listen als kommunale Bürgerplattform stattfinden. [...] Daneben beabsichtigt die Partei eine noch zu gründende Anti-Islam-Plattform zur Europawahl zu unterstützen und mit dieser Anti-Islam-Liste den Einzug ins europäische Parlament zu schaffen.“

Dem am 27. Oktober 2017 neu gewählten „pro NRW“-Parteivorstand gehörten keine Personen aus Bonn an.

„Pro NRW“ löste sich am 24. März 2019 auf (siehe Regionalberichte Leverkusen und Rhein-Sieg-Kreis). Vorhersehbar ist, dass die Reste der „pro-Bewegung“ lokal und erst recht überregional zukünftig keine Rolle (mehr) spielen werden – nicht zuletzt aufgrund der Konkurrenz durch die AfD.

Für letztendlich weniger als vier Monate gehörte dem erweiterten „pro NRW“-Parteivorstand ab Anfang Dezember 2014 die im Rhein-Sieg-Kreis lebende Melanie Dittmer (siehe Bericht zum Rhein-Sieg-Kreis) an, die 2014 zeitweise einen „Stammtisch Bonn/Rhein Sieg“ der „Identitären Bewegung“ betrieb und einzelne Propagandaaktionen der „Identitären“ organisierte, so zum Beispiel eine Transparentaktion mit einer anti-antifaschistischen Parole im Juli 2014 auf der Baustelle eines Moscheeneubaus in der Nachbarschaft des linken Kulturzentrums „Kult 41“ und am 19. September 2014 eine Plakataktion in den Rheinauen.

Dittmer war es auch, die für den 15. und 22. Dezember 2014 zwei Demonstrationen des von ihr initiierten PEGIDA-Ablegers BOGIDA („Bonn gegen die Islamisierung des Abendlandes“) organisierte, an denen unter Beteiligung weiterer „pro NRW“-Funktionär/innen zirka 200 bzw. 300 Personen teilnahmen, unter ihnen auch Akteur/innen des ehemaligen „Aktionsbüros Mittelrhein“ (ABM) und der Neonazi-Partei „Die Rechte“. Das Projekt BOGIDA bestand anschließend nur noch als von Dittmer betriebene Facebook-Seite, die später abgeschaltet wurde.

Nach Streitigkeiten zwischen der „Identitären Bewegung Deutschland“ und Dittmer gründete diese die „Identitäre Aktion“ (IA), eine aktionistische extrem rechte Kleinstgruppe mit Bezugnahme auf Aktionsformen und Auftreten der „Identitären Bewegung“. IA-Aktivist/innen betätigten sich hauptsächlich im Rhein-Sieg-Kreis, punktuell auch am Niederrhein sowie im Kölner und Aachener Raum, teilweise mit personellen Schnittmengen zur NPD. Nennenswerte lokale Aktivitäten der „Identitären Aktion Bonn“, die zeitweise über eine eigene Facebook-Seite („Die Bonner Unterstützerseite zur „Génération Identitaire!“) verfügte, bzw. des Kreises um Dittmer wurden nicht bekannt, zumal Dittmers Schwerpunkt 2015 zunächst auf der Durchführung von KÖGIDA-Demonstrationen in Köln und insbesondere auf DÜGIDA-Demonstrationen in Düsseldorf lag.

Im August 2015 verkündete die IA, zukünftig auf kleine, „überraschende“ Aktionen zu setzen, was in Bonn jedoch nicht zu beobachten war. Stattdessen wurde unter Mitwirkung Dittmers Ende Dezember 2015 die Konstituierung eines Julius-Evola-Lesekreises bekanntgegeben, der erstmals am 9. Dezember 2015 zusammengekommen sein soll. Regelmäßig sollte sich hier mit Texten des italienischen Philosophen, esoterischen „Rassentheoretikers“ und Faschisten Evola (1898 – 1974) beschäftigt werden.

2016 zeigte sich eindrucksvoll, dass es Dittmer zwar versteht, sich durch provokante Ankündigungen und Aktionen öffentliche Wahrnehmung zu verschaffen, es ihr aber nicht gelingt, mehr als einige wenige Anhänger/innen hinter sich zu bringen. Ihr im Juni 2016 verbreiteter Aufruf, sogenannte Stolpersteine zum Andenken an lokale Opfer des NS mit den Namen „deutscher Opfer“ angeblicher „multikultureller Auswüchse“ zu überkleben, wurde aber nur in ganz wenigen Fällen tatsächlich umgesetzt.

Der Versuch, den gewaltsamen Tod eines Bonner Jugendlichen für eine Hetzkampagne und Demonstration gegen Migrant/innen und Geflüchtete bzw. gegen „Ausländergewalt“ zu instrumentalisieren, scheiterte. An einer von Dittmer organisierten Demonstration am 14. Mai 2016 in Bad Godesberg nahmen gerade einmal um die 50 Personen teil, die erhoffte Teilnahme über die extreme Rechte hinaus blieb aus. Und selbst innerhalb der extremen Rechten – ansonsten stets auf der Suche nach vermeintlichen und politisch nutzbaren „Märtyrern“ – schien kein großes Interesse an einer Teilnahme zu bestehen. Quasi als Nachschlag folgte am 17. Mai 2016 in Bad Godesberg eine ebenfalls von Dittmer initiierte Minikundgebung im Rahmen einer Kundgebungsserie unter dem Motto „Meinungsfreiheit auch für Systemkritiker“ mit weniger als zehn Teilnehmenden. Eine weitere für den 24. Mai 2016 angekündigte Kundgebung wurde wieder abgesagt. Eine für den 18. Juni 2016 von der „Identitären Aktion“ sowie „pro NRW“ angekündigte „Großdemonstration“ in Bonn unter dem Motto „Gegen ausufernde Jugendgewalt zumeist mit Migrationshintergrund“ wurde, wie drei Tage vor dem Veranstaltungstermin mitgeteilt, angeblich „wegen des Ausfalls einiger hochkarätiger Redner aus den Niederlanden und Frankreich“ auf September 2016 verschoben. Anschließend war von der Aktion nicht mehr die Rede.

Am 13. Mai 2017 führte die IA mit etwa zehn Personen eine kurze und zuvor nicht öffentlich angekündigte Kundgebung („Protestmahnwache“) vor dem geschlossenen Bonner Landgericht durch, um „gegen den Freispruch am Bonner Landgericht für die vermeintlichen Mörder von Niklas Pöhler“ zu demonstrieren.

Zwar nimmt Dittmer nach wie vor hin und wieder an extrem rechten, auch neonazistischen Demonstrationen in NRW teil – so beispielsweise am 14. April 2018 in Dortmund –, im Raum Bonn und Rhein-Sieg-Kreis sind aber aktuell keine Aktivitäten der IA mehr feststellbar. Dittmer soll zwischenzeitlich auch in den Westerwaldkreis (Rheinland-Pfalz) verzogen sein.

Der Aktivitätsgrad der „Identitären Bewegung Bonn“ ist ebenfalls gering. Zumeist berichtet die Gruppierung von kleinen internen Treffen zur Planung von Aktivitäten und Unternehmungen wie Wanderungen. Hinzu kommt das Verkleben von Aufklebern und – hin und wieder aus aktuellem Anlass – das Aufhängen von Transparenten an öffentlichen Orten. Am 3. Februar 2017 hieß es, bei einem Treffen sei der Aufbau einer „Ortsgruppe“ angegangen worden. Anschließend habe man „in der ganzen Stadt großflächig Flyer verteilt, um auf das Anliegen der Identitären Bewegung aufmerksam zu machen“ und „neue Aktivisten, Unterstützer und Freunde anzusprechen“. Tatsächlich dürfte eine solche Verteilung nur sehr punktuell stattgefunden haben. Am 27. Februar 2017 habe man „CS-Gas-Dosen an Mädchen und Frauen in der Bonner Fußgängerzone“ verteilt, da der „rapide Wandel durch Masseneinwanderung zu Konflikten zwischen Einheimischen und neu Zugewanderten führen könnte“. Zum „Osterfest“ habe „die weibliche Belegschaft der Identitären Bewegung NRW in guter IB-Tradition Osterpakete geschnürt und Ostermontag in Bonn an Obdachlose verteilt“.

Zu Beginn des Wintersemesters 2017/18 verteilte die IB Bonn ein Flugblatt („Wer sind wir? Was wollen wir? Wo findest du uns?“) in die Briefkästen einiger Bonner Studierendenwohnheime.

Ein für den 13. Dezember 2017 von der extrem rechten „Alten Breslauer Burschenschaft der Raczecks zu

Bonn“ angekündigter Vortrag mit Andreas Karsten von der IB bzw. „Kontrakultur Halle“ zum Thema „Aufbau einer Jugendbewegung“ wurde nach der Ankündigung einer antifaschistischen Protestdemonstration „aus terminlichen Gründen“ abgesagt.

Anfang Mai 2018 wurde eine Veranstaltung zum Thema „Rechte Frauen“ im Rahmen des „festival contra le racisme“ („Kampagne gegen Rassismus, Xenophobie und Ausländerfeindlichkeit“) in der Universität Bonn von drei Aktivistinnen der IB besucht. Nach einer Aufforderung, den Veranstaltungsort zu verlassen, brachten sie ein mitgeführtes Banner der IB im öffentlichen Bereich der Universität an. Es folgte die obligatorische – offenbar exakt so geplante – Inszenierung als Opfer einer „political correctness“ in den Sozialen Medien. Eben jede virtuelle Inszenierung steht vor Ort auch bei kleineren Aufkleber- und Flyer-Aktionen der IB im Vordergrund.

Bei einer Demonstration der „Patrioten NRW“ am 2. Juni 2018 in Solingen dominierte die IB das Erscheinungsbild der Demonstration. Es nahmen auch Mitglieder der Bonner IB-Gruppe teil.

Am 18. November 2018 führte die IB eine bundesweite Kundgebung in Bonn durch. Motto: „Stoppt den Migrationspakt“. An der gerade einmal 45-minütigen Veranstaltung nahmen etwa 300 Personen teil. Am 14. Januar 2019 schrieb die IB-Bonn auf Twitter, die „Bonner Ortsgruppe“ habe das Büro der Partei „Die Grünen“ mit Plakaten gegen „linksextreme Gewalt“ beklebt. Genannter Twitter-Account veröffentlichte vor allem Inhalte anderer IB-Gruppen und stellte Anfang des Jahres 2019 jede Aktivität ein.

Eine Ende März 2021 durch die Gruppierung „Gedankenverbrecher“ in Bonn durchgeführte Protestaktion an der Zentrale der World Health Organization (WHO) ist indes vermutlich nicht auf lokale Strukturen der IB zurückzuführen. Die als Nachfolgeprojekt der IB initiierte Gruppierung versuchte in diesem Zusammenhang an Verschwörungserzählungen rund um die Corona-Pandemie anzuknüpfen.

Mitte 2019 löste sich die IB-nahe Gruppierung „120 Dezibel“ auf. Aus ihrem Umfeld entstand ein Zusammenhang von einigen jungen Frauen, mit Namen „Lukreta“. Diese versuchten ähnliche Themenfelder und Aktionsformen wie IB und „120 Dezibel“ zu besetzen. Eigenen Angaben zufolge führten sie am 29. September 2019 eine Flyeraktion am Bonner Rheinufer durch, sind ansonsten jedoch vor allem in den Sozialen Medien aktiv und berichten dort über ihre Aktivitäten. So verkündeten „Lukreta“, im Oktober 2019 ein „Schulungs-Wochenende“ begleitet von einem „Selbstverteidigungskurs“ abgehalten zu haben.

Als Kopf von „Lukreta“ gilt das ehemalige IB-Mitglied Reinhild Boßdorf, die im Raum Bonn lebt. In Ihrer Selbstbezeichnung benennen sich „Lukreta“ als „unabhängige Initiative junger Frauen“, die sich „gegen die zunehmende Bedrohung von Frauen im öffentlichen Raum“ aufgrund von „unkontrollierter Masseneinwanderung“ einsetzen. Inhaltlich hat die Gruppe die Ziele und Haltungen der „120db“ übernommen und steht unter dem Deckmantel des Kampfes um Frauenrechte insbesondere für die Hetze gegen Geflüchtete und Muslime.

„Lukreta“ führte bereits einige kleine Propagandaaktionen in Bonn durch. Dabei wurden immer wieder Orte aufgesucht, an denen Gewalttaten gegen Frauen geschehen sind, um an Ort und Stelle ihre rechte Hetze mit dem Einstehen für Frauenrechte zu verschleiern. Anfang März 2020 führten sie nach eigenen Angaben eine Gedenkaktion für die Pianistin Clara Schumann in Bonn durch. Nach dem Mord an einer jungen Frau in Leverkusen-Schlebusch reisten am 6. Juli 2020 einige Mitglieder zum Ort des Geschehens, um öffentlichkeitswirksame Fotos für Ihren Instagram-Account zu schießen.

Reinhild Boßdorf betreibt zudem seit Mai 2020 einen eigenen YouTube-Kanal. Sie trat bei der Kommunalwahl am 13. September 2020 für die AfD in Königswinter (Rhein-Sieg-Kreis) als eine Kandidatin für den Stadtrat an, erlangte aber kein Mandat. Im Frühjahr 2021 beteiligte sich Bosdorf an Aktivitäten im Wahlkampf der AfD für die Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz. Auch nahm Bosdorf am Bundeskongress der

Jungen Alternative Mitte April 2021 in Volkmarsen (Hessen) teil. Zudem beteiligte sie sich an verschiedenen Aktivitäten der Jungen Alternative NRW im Vorfeld der Bundestagswahl. Dabei war sie Teil einer aktionistisch auftretenden Gruppe, von der JA als „Wahlkampfkommando“ bezeichnet, die in Dortmund und Köln Banner auf Fußgängerbrücken spannte oder Flyer verteilte.

Am 1. November 2020 organisierte die Gruppe eine kleine Aktion am Kölner Dom. Die Thematisierung eines islamistischen Mordes in Frankreich ging dabei mit antimuslimischem Rassismus einher. Am 15. Februar 2021 führte die Gruppe eine rassistisch motivierte Aktion zum feministischen #OneBillionRising-Aktionstag in Köln durch. Ihr Verständnis von Feminismus wurde deutlich, als die Gruppe anlässlich eines feministischen Aktionstags zum Thema „catcalling“ Mitte April 2021 verlauten ließ, jene Fälle von Gewalt angeprangert zu haben, „die nicht in das politische Narrativ passen!“. Für Lukreta, so Bosdorf in einem Text vom 12. August 2021, handelt es sich bei den als catcalling bezeichneten sexuellen Belästigungen um Scheinprobleme. Stattdessen gehe es um den Kampf gegen „importierte sexuelle Gewalt“, ein rassistisches Konstrukt, auf welches am 10. Juli 2021 bereits die AfD bei einem Infostand in Hennef (siehe Bericht Rhein-Sieg-Kreis,) Bezug genommen hatte. Auch Bosdorf nahm an diesem Infostand teil.

Nach der Flutkatastrophe Mitte Juli 2021 inszenierte sich die Lukreta-Aktivistin Bosdorf in den sozialen Medien als Helferin in dem stark betroffenen Ort Bad Münstereifel.

## **Freie Kameradschaftsszene und Rechtsrock**

Die bisher größte demonstrative Aktion der neonazistischen Szene in Bonn nach 1998 fand am 12. Juli 2008 statt, als etwa 250 Personen aus dem Spektrum der „Freien Kräfte“ in Bonn-Duisdorf eine Demonstration gegen die dortige „Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien“ durchführten. Die Demonstration richtete sich gegen die Arbeit dieser Institution, die auch Musik(texte) von Rechtsrock-Bands beurteilt und teilweise indiziert, also den Verkauf an Minderjährige und eine öffentliche Bewerbung untersagt oder sogar eine Beschlagnahme empfiehlt. Anmelder war der Neonazi-Kader Christian Malcoci aus Grevenbroich (Rhein-Kreis Neuss), der bei der Vorbereitung und Durchführung offenbar auf Bonner Neonazis zurückgreifen konnte.

Im November 2008 führte eine Gruppierung mit den Namen „Nationale Sozialisten Bonn“ eine „Gedenkveranstaltung“ an einem Kriegerdenkmal in Bonn durch. Etwa 15 bis 20 Personen legten einen Kranz nieder.

Zu Beginn des Jahres 2009 häuften sich Vorfälle mit extrem rechtem Hintergrund in Bonn. In der Nacht auf den 8. Januar 2009 wurde ein linker Buchladen mit neonazistischen Parolen und Symbolen besprüht, am folgenden Abend versammelten sich etwa 15 Neonazis zu einer Spontandemonstration. Anlass der Demonstration war der zu jener Zeit stattfindende Krieg im Gaza-Streifen, aufgrund dessen die örtliche Neonaziszene eine antisemitisch motivierte Aktion unter dem Motto „Gegen den Krieg im Gaza-Streifen...“ durchführte. Im Nachgang der Aktion wurden Strafverfahren wegen Körperverletzung, Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz und Verwendens verfassungsfeindlicher Symbole eingeleitet.

Am 4. März 2010 warfen unbekannte Täter/innen in der Nacht vor einem Vortrag über die Neonazi-Szene im nördlichen Rheinland-Pfalz die Schaufensterscheibe eines Bonner Buchladens ein.

Bereits in den Jahren vor 2010 waren in Bonn Aktivitäten des hauptsächlich vom nördlichen Rheinland-Pfalz aus agierenden „Aktionsbüro Mittelrhein“ (ABM) feststellbar. „Mit ‘Frontal National Bonn’ erweitern die Kameraden aus Bonn den Aktionsradius des AB-Mittelrhein“, meldete das ABM am 24. März 2010. Neben „FN Bonn“ verwendete die bis Frühjahr 2012 in Erscheinung tretende Gruppe synonym auch den Namen „Nationale Sozialisten Bonn“. Offenbar war es gelungen, nach anfänglichen Schwierigkeiten und mit auswärtiger Unterstützung wieder eine Gruppe in Bonn aufzubauen, die sich nach und nach auch

überregional in die Neonazi-Szene integrierte. Am 17. Dezember 2011 führte „Frontal National Bonn“ eine „Saalveranstaltung zum Gedenken an die Blutzeugen der Bewegung aus dem Rheinland“ durch, an der auch Neonazis aus anderen Städten und Regionen aus NRW und Rheinland-Pfalz teilnahmen. Mit zur Etablierung der Gruppe beigetragen hat der Kreis um die Band „Flak“ (siehe Bericht über den Rhein-Sieg-Kreis).

Zu denjenigen Bonner Neonazis, die sich dem ABM zugehörig fühlten, zählte auch ein bis mindestens Ende 2011 aktives Mitglied der „Alten Breslauer Burschenschaft der Raczecks zu Bonn“, deren Akteure seit Jahren immer wieder durch Kontakte zum Spektrum der extremen Rechten auf sich aufmerksam machen und der eine Art Scharnierfunktion zwischen konservativer und extremer Rechter zugeschrieben werden kann. So fand Anfang September 2014 „auf“ dem Haus der „Raczecks“ auch der „Zwischentag“ statt, eine Art Messekongress mit Vernetzungscharakter der sogenannten „Neuen Rechten“, oft auch als „Intellektuelle Rechte“ bezeichnet. Auch bundesweit sorgten die „Raczecks“, insbesondere ihr Mitglied Norbert Weidner, bis Mitte der neunziger Jahre Funktionär der 1995 verbotenen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“, für Aufmerksamkeit. Am 15. Januar 2013 verurteilte das Bonner Amtsgericht Weidner wegen Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu 40 Tagessätzen à 30 Euro, da dieser die KZ-Ermordung des NS-Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffer als „rein juristisch (...) gerechtfertigt“ bezeichnet hatte. Im Berufungsverfahren wurde das Urteil bestätigt, das Strafmaß aber von 60 Tagessätzen zu 40 Euro auf 40 Tagessätze zu 30 Euro reduziert. Weidner legte gegen das Urteil Revision ein, die allerdings verworfen wurde.

Am 27. August 2011 war Bonn Austragungsort einer von mehreren Kundgebungen im Rahmen einer neonazistischen „Kundgebungstour durchs Rheinland“, mit der für die bevorstehende neonazistische „Antikriegstagsdemonstration“ am 3. September 2011 in Dortmund mobilisiert werden sollte. Teilgenommen haben dürften zirka 70 Personen.

Bereits im Januar 2012 meldete Christian Malcoci eine Demonstration für den 1. Mai 2012 in Bonn an. Das Motto lautete „Finanzsysteme brechen – Knechtschaft überwinden“, der Aufmarsch thematisierte aber auch das staatliche Vorgehen gegen das ABM. Etwa 180 Neonazis nahmen teil, vor allem aus NRW.

Das von der Koblenzer Staatsanwaltschaft als „kriminelle Vereinigung“ bewertete und deshalb im Frühjahr 2012 aufgelöste „Aktionsbüro Mittelrhein“ (ABM) war ein gutes Beispiel für die Zusammenarbeit der neonazistischen Szene über Bundeslandgrenzen hinweg. Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag in Rheinland-Pfalz, dort waren auch ihre führenden Köpfe zu verorten. Aktivitäten waren insbesondere im Rhein-Ahr-Kreis festzustellen. Jedoch erstreckte sich der Aktionsradius von Koblenz über Bonn bis in nördliche und östliche NRW-Regionen. Die Mitglieder des „Aktionsbüros“ traten offen auf, deutlich erkennbar an Pullovern mit der Aufschrift „Rhein-Ahrische Jugend“ oder „Nationaler Sozialismus – Jetzt“. Analog zu anderen Gruppierungen aus dem Spektrum der „Freien Kräfte“ wurde mittels Graffiti und massivem Einsatz von Aufklebern und anderen Propagandamitteln Werbung für die eigene Sache gemacht. Auch in Bonn ließen sich solche Aktionen feststellen. Deutliche Schnittmengen bestanden auch zwischen dem ABM und der zwischenzeitlich selbst aufgelösten neonazistischen Regionalstruktur „Aktionsgruppe Rheinland“ (AGR), die unter anderem neonazistische Gruppierungen aus dem Kölner, Aachener, Leverkusener und Wuppertaler Raum vereinte. Bei Aufmärschen traten Akteur/innen von ABM und AGR häufig mit Transparenten und T-Shirts mit dem gemeinsamen Logo „Rheinland“ auf. Einige der ehemaligen AGR-Gruppierungen formierten sich ab 2012 unter dem Dach der neonazistischen Partei „Die Rechte“, einen Bonner Kreisverband der „Die Rechte“ aber gibt es bis heute nicht. Bei den Bundestagswahlen 2013 kam „Die Rechte“ in Bonn auf gerade einmal 19 Zweitstimmen, bei den Landtagswahlen 2017 auf 20 (0,01 Prozent). Bei der Bundestagswahl 2017 stand „Die Rechte“ in NRW nicht auf den Stimmzetteln. Als Spitzenkandidatin für die Europawahlen im Mai 2019 wurde die derzeit inhaftierte Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck nominiert. Bei den Wahlen erhielt die Partei in Bonn 48 Stimmen (0,0%). Bei den Kommunalwahlen im September 2020 trat die Partei nicht an.

Auch die neonazistische Partei „Der III. Weg“ trat im Übrigen zur Europawahl an, erhielt in Bonn jedoch lediglich 17 Stimmen (0,0%).

Bei der Razzia gegen das ABM am 13. März 2012 wurden von der Polizei 33 Objekte durchsucht. 24 Personen wurden in U-Haft genommen, die bei einigen fast zwei Jahre andauerte. Angeklagt wurden 26 Personen, u.a. wegen der Bildung bzw. Unterstützung einer „kriminellen Vereinigung“, die sich ab dem 20. August 2012 vor dem Landgericht Koblenz verantworten mussten. Einige der Angeklagten gehörten der Neonazi-Szene im Raum Bonn/Rhein-Sieg an. In einem abgetrennten Verfahren wurden im November 2013 vier der 26 Angeklagten zu Bewährungsstrafen verurteilt. Sie hatten zuvor umfangreiche Aussagen gemacht. Das Verfahren gegen fünf weitere Angeklagte wurde eingestellt. Das Hauptverfahren gegen die verbliebenen 17 Angeklagten wurde im Mai 2017 nach 337 Prozesstagen eingestellt, nachdem durch die Pensionierung des Vorsitzenden Richters bzw. durch die von den Angeklagten durch eine Verzögerungstaktik bewirkte „überlange Prozessdauer“ ein „Verfahrenshindernis“ eingetreten war. Nach einer Gerichtentscheidung zur Wiederaufnahme der Verhandlung im Dezember 2018 begann Ende Februar 2019 ein neuer Prozess. Anfang September, nach acht Einstellungen, drei Urteilen und einem verstorbenen Angeklagten (Paul Breuer aus Köln) wurde das vorletzte Verfahren wie andere zuvor wegen Geringfügigkeit eingestellt. Ein letztes, abgetrenntes Verfahren begann im November 2019 und wurde eingestellt.

Insgesamt gingen neonazistische Aktivitäten nach den Hausdurchsuchungen und Verhaftungen rund um das „AB Mittelrhein“ in Bonn zurück. Nur langsam reorganisierte sich die neonazistische Szene in der Region. Jedoch zeigte sich bereits am 24. November 2012 auf dem sogenannten „Trauermarsch“ im südlich von Bonn gelegenen rheinland-pfälzischen Remagen, dass die organisatorischen Aufgaben, die vormals durch Mitglieder des „AB Mittelrhein“ übernommen worden waren, zunehmend von lokalen Akteur/innen aus Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis erledigt wurden. Diese Entwicklung setzte sich beim Remagener „Trauermarsch“ am 23. November 2013 fort, wobei hier auch wieder einige zwischenzeitlich aus der U-Haft entlassene ABM-„Kameraden“ zur Verfügung standen. Bei den Remagen-Aufmärschen 2014 bis 2017 nahmen nahezu alle noch in der Neonazi-Szene aktiven Angeklagten teil, ein Hauptteil der Demo-Organisation wurde aus ihren Reihen abgedeckt. Offenbar gruppierte sich um die in der Region wohnhaften Angeklagten ein immer aktiveres Umfeld mit engen Verbindungen zur NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) und zum 2014 gegründeten NPD-Kreisverband Mittelrhein, in dem bis heute einige der ehemaligen ABM-Akteur/innen anzutreffen sind, teilweise in zentralen Funktionen. Die neonazistische Szene reorganisierte sich und bekam wieder Auftrieb. Christian Häger, einer der Führungskader des ehemaligen ABM, fungiert heute als Bundesvorsitzender der JN, die inzwischen in „Junge Nationalisten“ umbenannt wurden.

Ein neonazistischer Aktivitätsschub – auch bei Teilen der rechten Fußballfan-Szene („Bonner Bande“) des Regionalligisten „Bonner SC“ – war nach dem Zuzug eines überregional bekannten Neonazis von Gütersloh nach Bonn im November 2013 zu beobachten. So versuchten Mitte März 2014 Neonazis aus Bonn und Köln eine städtische Veranstaltung in der Trinitatis-Gemeinde zum Thema Unterbringung von Flüchtlingen zu stören. In der Folgezeit kam es im Bonner Stadtgebiet zu mehreren Angriffen von Neonazis auf Personen, die als „politische Gegner“ wahrgenommen wurden. Anfang Juni 2014 stürmten rechte BSC-Fans eine Punkrock-Kneipe in der Bonner Innenstadt und bedrohten einige Gäste. Ebenfalls im Juni 2014 kam es in mehreren Stadtteilen zu neonazistischen Sprühereien (unter anderem Hakenkreuze und SS-Runen) an einer Schule in Ippendorf.

Im Herbst 2014 nahmen diese Aktivitäten im Raum Bonn wieder ab, was offenbar mit dem Wegzug des oben erwähnten Neonazis zu tun hatte. Dennoch kam es am 3. Oktober 2014 zu einem weiteren Angriff rechter BSC-Fans auf die erwähnte Punkrock-Kneipe, zum anderen bedrohten Neonazis Besucher/innen eines Punkrock-Festivals in einer anderen Bonner Kneipe.

Zwischenzeitlich ist es ruhig geworden um die „Bonner Bande“ bzw. „Bande Bonn Ultras 2013“. Einige Althools, die dem BSC-Fanspektrum zugerechnet werden können, tauchen allerdings nach wie vor auf

Neonazi-Demonstrationen in NRW und im nördlichen Rheinland-Pfalz auf. Im März 2017 gab die „Bande Bonn Ultras“ ihre Auflösung bekannt. „Zu viele“ ihrer Mitglieder hätten „Betretungs- oder sogar Veranstaltungsverbote“ kassiert.

Seit dem Frühjahr 2018 firmieren Bonner Neonazis unter dem Namen „Division Bonn“. Die meisten Aktivisten dieser klar neonazistisch ausgerichteten Gruppe waren schon in den 1990er Jahren in Bonn aktiv (u.a. in der FAP), machten teilweise Station bei „pro NRW“ oder waren in anderen Bundesländern aktiv. Die Gründung dieser Gruppierung fällt zeitlich mit dem Rückzug eines Neonazis nach Bonn zusammen, der auch die Führung der aus weniger als zehn Mitgliedern bestehenden „Division Bonn“ innehat. Seither kommt es in Bonn zu kleineren neonazistischen Aufkleber- und Plakataktionen. Zudem wurden mindestens ein Transparent sowie Plakate mit der Forderung nach Freilassung der inhaftierten Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck vor Ort angebracht. Die „Division Bonn“ nahm auch an den neonazistischen Demonstrationen am 10. November 2018 in Bielefeld und am 17. November 2018 in Remagen teil.

Laut der Antwort der Bundesregierung auf eine „Kleine Anfrage“ der „Die Linke“ im Bundestag fand am 14. Mai 2016 im „Raum Bonn“ ein Konzert mit den Bands „Halgadom“, „Flak“, „Sleipnir“ und „Klavierfront“ statt. Die beiden Erstgenannten stammen aus dem Rhein-Sieg Kreis, „Klavierfront“ aus der Städtereion Aachen. Über den Veranstaltungsort und die Anzahl der Besucher/innen ist bislang nichts bekannt.

Zum Volkstrauertag am 17. November 2019 verkündete der „Kreisverband Rhein-Erft“ von „Die Rechte“ u.a. in Bonn ein Gedenken an einem Grabstein durchgeführt zu haben.

## Rechte Straftaten

Für 2017 hat das NRW-Innenministerium im Rahmen der Erfassung „Politisch motivierter Kriminalität Rechts“ 54 Straftaten für Bonn festgehalten, darunter sechs Gewaltdelikte, allesamt Körperverletzungen. Für 2018 wurden 51 Straftaten gezählt, darunter drei Bedrohungen/Nötigungen sowie ein Gewaltdelikt am 14. Mai 2018 in Form einer gefährlichen Körperverletzung, die als „Hasskriminalität“ und „fremdenfeindlich“ motiviert eingestuft wurde. Zu den Opfern der Körperverletzung gibt es keine näheren Angaben, ebenso wie zu den Täter\_innen. Für das erste Halbjahr 2019 wurde in Bonn kein Gewaltdelikt festgestellt, allerdings 46 Straftaten insgesamt. In der Statistik für das gesamte Jahr 2019 wurden für Bonn 140 rechts motivierte Straftaten verzeichnet, darunter vier Körperverletzungsdelikte. Weiterhin wurden neun islamfeindliche Straftaten verzeichnet, fünf antisemitische Straftaten, und eine flüchtlingsfeindliche Straftat.

Für das erste Halbjahr 2020 wurden in Bonn 13 politisch rechts motivierte Straftaten festgestellt. Darunter eine Körperverletzung auf Grund von „fremdenfeindlicher Hasskriminalität“ Ende März 2020. Weiterhin wurden zwei antisemitische Straftaten festgestellt.

Im gesamten Jahr 2020 dagegen wurden in Bonn 55 rechtsmotivierte Straftaten verzeichnet. Aufgeschlüsselt lagen sechs antisemitische und drei Straftaten mit einem antiislamischen Hintergrund vor. Weiterhin wurden für Bonn vier rechtsmotivierte Gewaltverbrechen verzeichnet, darunter eine Körperverletzung am 26. März und eine Körperverletzung am 30. September, beide mit rassistischem Hintergrund. Für den 23. August berichtet das Innenministerium von einer islamfeindlich motivierten und für den 7. September von einer antisemitisch motivierten Körperverletzung.

Im ersten Halbjahr 2021 wurden in den polizeilichen Statistiken zwei antisemitische und vier antiislamische Straftaten, unter 18 Fällen rechtsmotivierter Straftaten genannt. Unter diesen war ein Fall von Körperverletzung.

Bereits 2017 fand einem Bericht auf einer linken Internetseite ein rechtsmotivierter Angriff in Bonn statt, welcher nicht angezeigt worden sein soll. So wurde ein Besucher der Science-Fiction-Convention FedCon während er sich außerhalb des Messegeländes aufhielt von einer Person zwischen 18-25 Jahre alten Person auf einem Motocross-Bike mit Absicht angefahren und rassistisch beleidigt. Auch sollen die Beschimpfungen „Volksverräter“, „Zecke“ und „Verpiss dich aus meiner Heimat“ gefallen sein, was auf eine extrem-rechte Motivation schließen lässt.

Nicht als rechtes Gewaltdelikt in der PMK-rechts-Statistik erfasst wurde ein Vorfall am 11. Juli 2018. über den welt.de am folgenden Tag berichtete: „Ein Deutscher mit palästinensischen Wurzeln greift einen jüdischen Professor an, schlägt und schubst ihn. Als die Polizisten eintreffen, verwechseln sie Täter und Opfer – und schlagen dem 50-jährigen Juden ins Gesicht.“ Die separate Statistik „Antisemitische Straftaten“ weist ein antisemitisches Körperverletzungsdelikt in Bonn aus, ohne Nennung des Datums. Da die Rubriken „Antisemitische Straftaten – Ausländer“, „– links“ und „– religiös“ kein einziges Körperverletzungsdelikt beinhalten („– rechts“ dagegen 13), dürfte bzw. könnte der genannte Vorfall in die Rubrik „Antisemitische Straftaten – Sonstige“ einsortiert worden sein, die ein einziges derartiges Delikt ausweist.

Am Donnerstag dem 28. März 2019 nahm die Bonner Polizei eine 46-jährige Frau vorläufig fest, die zuvor eine Zweijährige angerempelt und danach ihren Vater beleidigt und bedroht haben soll. Laut Polizei nutzte sie dabei ein Messer und äußerte Beleidigungen mit „ausländerfeindlichen Inhalt“.

Am 16.11.2019 griff eine Gruppe Neonazis antifaschistische Demonstrant\*innen in einem Zug am Hauptbahnhof in Bonn an. Die Neonazis hatten zuvor an der alljährlichen geschichtsrevisionistischen Demonstration in Remagen teilgenommen. Bei dem Angriff verwendeten sie u.a. Schlagwerkzeuge.

Die beteiligten Neonazis konnten größtenteils dem Duisburger Ableger von „Die Rechte“ zugeordnet werden. Auch zwei Düsseldorfer Neonazis wurden identifiziert.

Am Morgen des 28. Dezember 2019 fielen in Bonn drei Männer auf, die sich rechtsextrem äußerten und Hitlergrüße zeigten. Einem Polizeibericht zufolge wurde die Gruppe von Passanten angesprochen, woraufhin sie diese u.a. mit einem Gürtel angriff. Zwei Personen wurden leicht verletzt, die Polizei leitete Ermittlungen wegen des Verdachts der gefährlichen Körperverletzung und des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ein.

Am 4. Juni 2020 fanden in verschiedenen Bundesländern Hausdurchsuchungen gegen Personen statt, die online Hasskommentare mit Bezug auf den im Juni 2019 ermordeten Kassler Regierungspräsidenten Walter Lübcke veröffentlicht hatten. Dabei beschlagnahmte die Polizei in Bonn Computer, Handys und andere Datenträger eines 57jährigen.

Anfang Juli 2020 wurden in Bonn-Ückesdorf laut Polizei antisemitische Schmierereien am Carl-von-Ossietsky-Gymnasium entdeckt.

Am 2. Oktober 2020 fahndete die Polizei per Foto nach zwei Personen, die Ende August 2020 zwei auf dem islamischen Gräberfeld des Bonner Nordfriedhofs betende Frauen belästigt haben sollen. Die ältere der beiden soll dabei rassistisch beleidigt und körperlich attackiert worden sein. Drei Tage später vermeldete die Polizei, dass sich die Gesuchten bei den Behörden gemeldet hätten. Demnach handele es sich um einen 58-jährigen Mann und eine 60-jährige Frau.

Am 13. Januar 2021 berichtete der General-Anzeiger von einem anderen Vorfall auf dem Nordfriedhof in Bonn. Dort wurden zuvor mehrere muslimische Gräber mit Hakenkreuzen und anderen neonazistischen Schmierereien geschändet.

In der Nacht von Sonntag, 30.05.2021, auf Montag, 31.05.2021 wurden in Bonn mehrere Bilder eines Kunstspazierganges am Rheinufer gestohlen und beschädigt. Die 40 Straßenfotografien waren seit dem 29. Mai 2021 an der Bonner Rheinpromenade zu sehen. Da der Künstler feststellte, dass ausschließlich Bilder die Muslime, Juden, Menschen mit dunkler Hautfarbe oder Homosexuelle zeigten betroffen waren, übernahm der Staatsschutz der Bonner Polizei die Ermittlungen.

## Sonstiges

Im Rahmen einer von einem Bremer Neonazi organisierten „exklusiven Ein Fähnlein-Erlebnisfahrt für Kameraden“, einer „historische Exkursion“ vom 21. bis 23. April 2017 mit den Stationen „Ordensburg Vogelsang – Nibelungenhalle Königswinter – Arno Breker – Auf den Spuren Schlageters – Ausstellung „Schaffendes Volk“, wollten am 21. April 2017 etwa 10 bis 15 Neonazis auch Bonn ansteuern, um dort in einem „der absoluten Lieblingshotels Adolf Hitlers“ zu übernachten. Nach Bekanntwerden des konspirativ geplanten Vorhabens stornierte die sich eindeutig von neonazistischen Umtrieben distanzierende Hotelleitung die Hotelzimmerbuchung der Reisegruppe.

## „Corona-Rebellen“ und verschwörungstheoretische Demonstrationen im Zuge der Covid-19 Pandemie ab April 2020

Im Zusammenhang mit den temporären Einschränkungen des öffentlichen Lebens und einzelner grundgesetzlicher Rechte wie der Versammlungsfreiheit aufgrund der Covid-19 Pandemie kam es auch in Bonn zu einigen Protesten, die zumindest als rechtfertigbar gewertet werden müssen [siehe [Regionalbericht Köln](#)].

In Bonn fanden im Zeitraum April-Juni 2020 mindestens sechs demonstrative Aktionen dieser Art statt, bei denen die Teilnehmendenzahl im oberen zweistelligen Bereich blieb.

Auch im letzten Quartal des Jahres 2020 fanden in Bonn vereinzelt Demonstrationen der sich selbst als „Querdenken“ bezeichnenden Gruppen statt. So beteiligten sich am 10. Oktober 2020 etwa 250 Personen an einer Kundgebung in der Stadt, die von einer weiteren Kundgebung am 11. November 2020 gefolgt wurde. Am Samstag dem 14. November fand zudem eine zuvor verbotene Kundgebung mit 400 Teilnehmenden statt, die von Polizei und Ordnungsamt aufgelöst wurde. In diesem Zusammenhang wurden 36 Ordnungswidrigkeitsanzeigen gefertigt, da Teilnehmende die Maskenpflicht nicht beachtetten. Zudem wurden zwei Männer in Gewahrsam genommen. Antifaschistische Gruppen erklären die hohen Teilnehmendenzahlen mit der Anwesenheit von bundesweit agierenden „Szenegrößen“ wie Bodo Schiffmann. Organisatorisch traten in Bonn verschiedene Gruppierungen auf. „Widerstand 2020 Bonn“ (später umbenannt in Gemeinsam 2020) organisierte regelmäßig kleine „Spaziergänge“ und Kundgebungen. Zudem trat eine „Querdenken“-Ortsgruppe unter dem Namen „Querdenken 228“ in Erscheinung, die neben den genannten Aktionen am 10. Oktober und 11. November eine Kundgebung und einen Autokorso am 18. November organisierten.

Am 8. Februar 2021 trafen sich 60 Personen aus diesem Spektrum abermals in der Bonner Innenstadt, nach Verstößen gegen Maskenpflicht und Platzverweise wurde die Versammlung von der Polizei aufgelöst. Und am Mittwoch dem 17. März nahmen etwa 30-40 Personen aus diesem Kreis in 15 Fahrzeugen an einem Autokorso teil.

Weiterhin hielt die Gruppe „Schwarze Wahrheit“ wiederholt kleine Aktionen an Samstagen in Bonn durch. Dieser Zusammenhang orientiert sich an der Aktionsform des Flashmobs. Ihr einheitliches Auftreten zielte dabei vor allem auf mediale Aufmerksamkeit.

Wie in der gesamten Region gingen die Aktionen und Teilnehmer\*innenzahlen an Demonstrationen aus diesem Spektrum im Verlauf des Jahres 2021 zurück.

Ende April 2021 berichtete der General-Anzeiger von einem als Picknick bezeichneten Treffen von etwa 30 der Reichsbürgerzene zuzuordnenden Personen in Bonn. In einem späteren Artikel vom 10. Juni wurde von lediglich zwei Menschen gesprochen, die die Polizei dieser Szene zuordne. Anzunehmen ist, dass es sich um eine Gruppe von „Corona-Leugner\*innen“ handelte. Im Artikel heißt es zudem, dass die Polizei die Stärke der Reichsbürger-Szene in Bonn und der Region auf einige Dutzend beziffert.

Am 1. Mai 2021 wurde Presseberichten zufolge ein angekündigtes „Querdenker-Picknick“ in Bonn nicht genehmigt. In einem Artikel des „Redaktionsnetzwerks Norddeutschland“, in dem die Praxis rechter Medienunternehmer untersucht wird, Verschwörungsmmythen mit Geschäftsmodellen zu verknüpfen, geht der Autor ausführlich auf eine in Bonn ansässige Firma ein. Die Werbeagentur mit Schwerpunkt Dienstleistungen für Fachverlage aus dem Finanzbereich wird als Verbreiterin von Falschbehauptungen und Verschwörungsmmythen ausgemacht. Ziel sei es, über angegliederte Online-Shops von der Angst der Lesenden vor einem Finanzkollaps zu profitieren.

Auch in Bonn trat die aus der Corona-Leugner\*innen-Szene entstandene Partei „dieBasis“ zur Bundestagswahl am 26. September 2021 an. Sie erreichte 1,1 Prozent der Erst- und 1,0 Prozent der Zweitstimmen.